

Stand: 25.12.2025 08:34:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/144

"Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/144 vom 29.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/174 des HA vom 03.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 10.12.2013



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorssten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Neue Turbulenzen bei der Landesbank – Sachstandsbericht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich zur aktuellen Lage der BayernLB Bericht zu erstatten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Personalwechsel auf Vorstandsebene:

Der Vorstandsvorsitzende Gerd Häusler und Finanzvorstand Stephan Winkelmeier haben fast zeitgleich ihren Abschied von der Bank und den Rückzug aus dem Vorstand angekündigt.

- a. Kamen diese Entscheidungen für den Staatsminister der Finanzen oder andere Mitglieder der Staatsregierung überraschend oder waren sie hierüber schon seit längerem informiert? Seit wann hat er bzw. haben sie Kenntnis darüber, dass Herr Häusler, seit wann, dass Herr Winkelmeier sein Amt aufgeben will? Gibt es, was den Zeitpunkt der Bekanntgabe des Ausscheidens betrifft, einen Zusammenhang mit der Landtagswahl?
- b. Welche Gründe haben die Vorstände der Staatsregierung für ihr Ausscheiden genannt?
- c. Hat die Staatsregierung beziehungsweise der Aufsichtsrat Anstrengungen unternommen, die Vorstände zum Verbleib im Unternehmen zu motivieren und umzustimmen?
- d. Ist der Aufsichtsrat mit geeigneten Nachfolgekandidaten bereits im Gespräch? Wird es gelingen, die Vorstandsposten nahtlos weiter zu besetzen?
- e. Sieht es die Staatsregierung als ihre Aufgabe an, den Aufsichtsrat bei der Nachfolgesuche zu unterstützen? Wenn ja, in welcher Form und in welchem Umfang?

2. MKB Bank:

Die ungarische Tochter MKB hat in den vergangenen Jahren erheblich Sorge bereitet und das operative Ergebnis der BayernLB verschlechtert.

- a. Welche Entwicklung hat die MKB im Jahr 2013 genommen?
- b. Sind die rechtlichen und/oder politischen Möglichkeiten, sich gegen die Maßnahmen der ungarischen Regierung – etwa „Zwangsumtausch“ und Bankenabgabe – zur Wehr zu setzen, ausgeschöpft?
- c. Wenn nein, welche Schritte wollen Staatsregierung und BayernLB hier noch unternehmen?
- d. Wie ist der Stand bei den Bemühungen, die Beteiligung zu veräußern?

3. Entschädigungen für die BayernLB:

Medienberichten zufolge haben sich Käufer von amerikanischen Hypothekenpapieren mit der US-Großbank JP Morgan auf einen Vergleich geeinigt, wonach das Kreditinstitut 4,5 Mrd. US-Dollar als Ausgleich für die geringe Werthaltigkeit der verkauften Titel geeinigt haben. Auch die BayernLB soll zum Kreis der Anspruchsteller gehört haben.

- a. Wie hoch ist die vereinbarte Entschädigung für die BayernLB ausgefallen?
- b. Wie viel Prozent des aktuellen, beziehungsweise zu erwartenden Verlusts dieser Papiere kann dadurch kompensiert werden?

- c. Führt die BayernLB auch gegen andere Verkäufer von US-Schrottbriefen Verfahren, um den entstandenen Schaden teilweise auszugleichen?

4. Haftungsprozesse gegen ehemalige Vorstände und Verwaltungsräte:

- a. Wie ist der Sachstand bei der Klage der BayernLB auf Schadensersatz auf 200 Mio. Euro gegen die ehemaligen Vorstände beim Landgericht München I?
- b. Hat die Zulassung der Anklage der Staatsanwaltschaft durch das Oberlandesgericht München aus Sicht der BayernLB beziehungsweise aus Sicht der sie vertretenden Rechtsanwälte bereits eine Auswirkung auf das laufende Verfahren?

- c. Wie ist der Sachstand der Schadensersatzklagen über 200 Mio. Euro gegen die früheren Verwaltungsräte Prof. Dr. Kurt Falthäuser beim Verwaltungsgericht München sowie Dr. Siegfried Naser beim Verwaltungsgericht Würzburg?
5. Rechtsstreitigkeiten mit der Hypo Groupe Alpe Adria:
- Wie ist der Sachstand in den wechselseitigen Rechtsstreitigkeiten zwischen der BayernLB und der HGAA in Bezug auf die von der BayernLB gewährten Kredite mit einem Gesamtwert von ca. 4 Mrd. Euro? In welcher Höhe klagt die HGAA auf die Erstattung geleisteter Darlehensrückzahlungen in der Vergangenheit? In welcher Höhe klagt wiederum die BayernLB auf Rückzahlung gewährter Darlehen?
 - Die HGAA beruft sich im Wesentlichen darauf, dass die von der BayernLB gewährten Kredite kapitalersetzend gewesen sein sollen, weswegen eine Rückzahlung erst nach Bewältigung der eigenen Krise denkbar sei. Gesetzt den

Fall, die Rechtsauffassung der HGAA erweist sich als richtig:

Sieht die BayernLB in der Kreditausreichung des Jahres 2008 und der Ausweitung der Kredite in den Folgejahren pflichtwidriges Verhalten des damaligen Vorstands und Verwaltungsrates?

Bei der Rückgabe der HGAA an Österreich im Oktober 2010 hat die BayernLB über 800 Mio. Euro draufgelegt. Welche Gegenleistung wurde dafür versprochen? Was hat die BayernLB dafür erhalten? Sollte diese Summe nicht dafür gegeben werden, dass die Rückzahlung der Kredite von dritter Seite aus (etwa Republik Österreich) garantiert wird? Sieht die BayernLB für den Fall, dass die HGAA die Kredite nicht zurückzahlen muss aus diesem Komplex einen Ansatz für vorwerfbares Verhalten vom damaligen Vorstand und Verwaltungsrat?

Es wird angeregt, bei der Berichterstattung durch die Staatsregierung auch den Vorstandsvorsitzenden der BayernLB mit einzuladen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/144

Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Ernst Weidenbusch**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 3. Dezember 2013 beraten und für erledigt erklärt.

Peter Winter
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

**über einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 2, die einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zum Verordnungsentwurf und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und der nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum Entwurf einer Zwölften Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
Drs. 17/43, 17/235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben
Drs. 17/20, 17/176 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird gesondert beraten

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern
Drs. 17/47, 17/147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig behandeln – Bargeld statt Essenspakete
Drs. 17/48, 17/148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen – zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!
Drs. 17/54, 17/149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter bayerischen Pflegekräften zur Pflegekammer vorlegen!
Drs. 17/53, 17/189 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Pflegenotstand in Bayern
Drs. 17/86, 17/190 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Befragung zur Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern
Drs. 17/87, 17/191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Repräsentative Umfrage zur Errichtung einer Pflegekammer – wo sind die
Ergebnisse?
Drs. 17/91, 17/192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BayernLB: Rückzahlungen sicher? Landtag informieren!
Drs. 17/123, 17/173

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht
Drs. 17/144, 17/174

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch
u.a. SPD
Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt
Drs. 17/159, 17/175

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Walter Taubeneder, Alex Dorow u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung
(BR-Drs. 735/13)
Drs. 17/120, 17/121 (E)

Es wurde nicht beantragt, die Angelegenheit der Vollversammlung vorzulegen.

**Die Eilentscheidung (Beschluss) des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen vom 26. November 2013 gemäß § 151 GeschO ist somit endgültig.
(Drs. 17/122).**

Ein Plenarbeschluss ist nicht mehr erforderlich.